

Protokoll

über die Sitzung

**des Rates der Gemeinde Friedeburg
am Dienstag, dem 03.12.2013 um 19:30 Uhr,
in der Gaststätte "Ostfriesischer Hof" in Horsten, Kirchstraße 23**

Anwesend:

→ Ratsmitglieder:

Karlheinz Eberhards, Dose (Vorsitzender)
Karin Emmelmann (Bürgermeisterin)
Peter Assing, Friedeburg
Hermann Behrends, Hesel
Maike Eilers, Abickhufe
Arthur Engelbrecht, Marx
Dieter Gellermann, Upschört
Kirsten Getrost, Horsten
Olaf Gierszewski, Horsten
Andreas Haak, Etzel
Horst Hattensaur, Horsten
Elke Hildebrandt, Wiesede
Henning Heinz Hinrichs, Reepsholt
Wolfgang Hoffmann, Friedeburg
Thorsten Hyda, Friedeburg
Gudrun Jeske, Reepsholt
Walter Johansen, Horsten
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg
Gerhard Quathamer, Marx
Traute Reuber, Friedeburg
Klaus Zimmermann, Wiesedermeer

→ beratendes Mitglied:

Verena Getrost, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung:

GOAR Hans-Werner Arians
Verw.-Angest. Ferdinand Goetz
GANils Janßen (zugleich Protokollführer)

→ Gäste:

Gemeindebrandmeister Frank Gerdes (zu TOP 6 und 7)

Entschuldigt fehlten Rh. Gerrit Bashagen, Rfrau Eva Grüßing, Rh. Theo Hinrichs, Rh. Stefan Meyer, Rh. Wilko Strömer und Rh. Henning Weißbach.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 22.11.2013 zur Sitzung eingeladen worden und der Rat beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde mit 21 Ja-Stimmen beschlossen, den TOP 6 (IVG-Ölunfall – aktueller Sachstandsbericht) vor TOP 5 (Einwohnerfragestunde) zu behandeln.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

Der geänderten Tagesordnung wurde sodann mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.09.2013

Das Protokoll der Sitzung vom 24.09.2013 wurde mit 19 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen genehmigt.

Rh. Assing hat mit „Nein“ gestimmt.

TOP 5 IVG-Ölunfall - aktueller Sachstandsbericht

Die BM berichtete über den aktuellen Sachstand des IVG-Ölunfalls. Der Bericht ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Rh. Hattensaur bedauerte, dass es zu dem schweren Ölunfall gekommen sei und er hinterfragte, welche weiteren Szenarien passieren könnten. Er forderte, für sämtliche Szenarien Störfallkonzepte zu erarbeiten. Des weiteren müsste der Gemeinde eine Karte mit den geografischen Fixpunkten der durch das Gemeindegebiet verlaufenden Pipelines vorliegen. Seiner Ansicht nach dürfe das Landesamt für Bergbau und Energie (LBEG) nicht gleichzeitig als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde agieren, insofern müsse das LBEG neu organisiert werden. Er schlug vor, dass das Umweltministerium die Ermittlungen führen sollte. Bei Unfällen im Zusammenhang mit den Kavernenanlagen dürfe die gemeindliche freiwillige Feuerwehr nicht zum Einsatz gerufen werden, stattdessen hätte die IVG unter Einbeziehung der Betreiberfirmen eine Betriebsfeuerwehr vorzuhalten. Bzgl. des Kavernenbeirates forderte Rh. Hattensaur, dass das Gremium künftig öffentlich und unter der Federführung der Gemeinde oder des Landkreises tagen müsse.

Rh. Engelbrecht erklärte im Namen der CDU-Ratsfraktion, sie würden es bedauern, dass es zu dem schweren Ölunfall gekommen sei. Die Gemeinderats- und Kreistagspolitiker würden nicht über den schweren Ölunfall hinwegschauen, stattdessen hätten sie sich dafür eingesetzt, dass am 12.12.2013 die öffentliche Sitzung der beiden Fachausschüsse der Landkreise Wittmund und Friesland stattfinden werde. Er hoffe, dass die Ursache des Ölunfalls in Gänze aufgeklärt werde und die vom Wirtschaftsminister angeordneten Sicherheitsmaßnahmen realisiert würden. Rh.

Engelbrecht dankte den vielen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz im Zusammenhang mit dem Ölunfall.

Rh. Gierszewski nahm Bezug auf die anberaumte Sitzung der beiden zuständigen Fachausschüsse der Landkreise Wittmund und Friesland am 12.12.2013, in der hinterfragt werden würde, welche Sicherheitsmaßen die IVG seit dem Ölunfall bereits umgesetzt hätte.

Rh. Lohfeld wies daraufhin, dass Gemeinderat und Kreistag im Zusammenhang mit der Kavernenanlage in Etzel bereits 2012 Resolutionen mit entsprechenden Forderungen verabschiedet hätten. Inzwischen würden die Forderungen des Gemeinderates und Kreistages ernst genommen werden, und es bleibe zu hoffen, dass das Bergrecht auch auf die Untergrundspeicherung Anwendung finde.

Der Sachstandsbericht zum Ölunfall wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Auf Nachfrage von Frau L. aus Horsten erklärte Verw.-Angest. Goetz, die Untere Wasserbehörde hätte bestätigt, dass die Schiffsbalje und die zulaufenden Gräben so gut wie ölfrei seien. Frau L. wies darauf hin, dass nach wie vor ein Ölfilm auf den zulaufenden Gräben der Schiffsbalje festzustellen sei. Verw.-Angest. Goetz sicherte zu, die Information an die Untere Wasserbehörde weiterzugeben und Frau L. über die Ergebnisse zu informieren.
2. Herr J. aus Marx bezweifelte, dass aus einem 8 mm geöffneten Ventil am Verteilerplatz eine solche Ölmenge auslaufen konnte.
3. Herr V. aus Marx vertrat die Ansicht, dass aufgrund der Öltemperatur und des Öldrucks das auslaufende Öl hätte zu hören und auf dem Beton die Auftreffspuren hätten zu erkennen sein müssen. Er hinterfragte, warum gerade das geöffnete Ventil und die Auftreffstelle am Boden nicht fotografiert worden seien. Herr V. betonte, dass der Unfall nicht unerwartet passiert sei, er hätte bereits vor Monaten einen etwaigen Unfall in einem Fachausschuss vorausgesagt. Leider hätten sich seine Befürchtungen jetzt bewahrheitet. Seit vier Jahren würden verschiedene Organisationen darauf hinweisen, dass es mit der IVG so nicht laufen dürfe. Bislang sei alles zur Kenntnis genommen worden und nichts sei geschehen. Er fragte den Gemeinderat, wie es jetzt weitergehen solle.

Die BM wies darauf hin, dass die Zuständigkeiten klar geregelt seien und nicht bei der Gemeinde liegen würden und die Gemeinde nur wachsam sein und Informationen an die richtigen Adressaten weitergeben könne. Die Gemeinde sei nicht Genehmigungsbehörde und habe in der Sache nur begrenzte Einflussmöglichkeiten.

TOP 7 Feuerwehrbedarfsplanung (Brandschutzbedarfsplan) Vorlage: 2013-127

Die BM führte in die Thematik ein und erläuterte die Gründe und das Ziel des gemeindlichen Brandschutzbedarfsplanes.

Rh. Hoffmann dankte den Führungskräften der Ortsfeuerwehren, die die Erstellung des Feuerwehrbedarfsplanes maßgeblich unterstützt hätten.

Rh. Hattensaur vertrat die Ansicht, dass der Einsatz der freiwilligen Feuerwehren auf dem Kavernengelände auf ein Minimum zu reduzieren sei.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 11.11.2013 wurde mit zuge-stimmt:

21 Ja-Stimmen

- 1. Dem Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes nach dem Stand von Oktober 2013 wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fachausschuss und dem VA im ersten Quartal 2014 eine Prioritätenliste über die umzusetzenden Maßnahmen vorzulegen.**

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 8 Ernennung Ortsbrandmeister Ortsfeuerwehr Reepsholt
Vorlage: 2013-126

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 07.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Herr Thomas Burgwal, geb. am 08.04.1980, wird zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Reepsholt ernannt. Er wird für die Zeit vom 01.03.2014 bis zum 29.02.2020 in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 9 Wahl von Schiedspersonen
Vorlage: 2013-145

Rh. Engelbrecht erklärte, die CDU-Ratsfraktion habe Herrn Wolfgang Kaul aufgrund seiner guten Menschenkenntnisse vorgeschlagen. Herrn Wolfgang Kaul und Herrn Marc Hohmann werde für ihre neue Aufgabe als Schiedspersonen viel Erfolg gewünscht. Gleichzeitig dankte Rh. Engelbrecht Herrn Wolfgang Hoffmann und Herrn Hans-Werner Arians für ihre bisherige Tätigkeit als Schiedspersonen.

Rh. Lohfeld sagte, die Gruppe „Gemeinsam für Friedeburg“ habe sich für Herrn Marc Hohmann ausgesprochen. Herr Hohmann sei aufgrund seiner Tätigkeit beim Jugendamt Wittmund in der Lage, Konflikte zu lösen und daher besonders als Schiedsperson geeignet. Rh. Lohfeld wies darauf hin, dass es schwierig gewesen sei, eine Person zu finden, die das Ehrenamt der Schiedsperson übernehmen wollte.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 11.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Für den Schiedsbezirk Friedeburg werden gewählt:

**a) als Schiedsperson Herr Wolfgang Kaul,
wohnhaft Strooter Kampen 5 in Friedeburg,**

**b) als stellv. Schiedsperson Herr Marc Hohmann,
wohnhaft Neuer Grund 10 in Friedeburg.**

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 10 Widmung von Eheschließungsorten
Vorlage: 2013-129

Rh. Haak begrüßte den Vorschlag, neben den Räumlichkeiten im Rathaus und Bürger- und Gästehaus weitere Räumlichkeiten als Eheschließungsorte zu widmen. Die vorgeschlagenen zusätzlichen Trauungsorte würden einen schönen und angemessenen Rahmen bieten. Es werde von vielen Etzeln begrüßt, dass sie sich nunmehr in ihrem Dorf standesamtlich trauen lassen könnten.

Rh. Zimmermann sah nicht die Notwendigkeit, neben den vorhandenen Räumlichkeiten, weitere Trauungsorte zu widmen. Sobald die Möglichkeit der standesamtlichen Trauungen in einzelnen Ortschaften geschaffen werde, würden vermutlich auch andere Ortschaften das gleiche Interesse verfolgen.

Rfrau Reuber wies darauf hin, dass der Ratssaal sehr nüchtern und das Kaminzimmer im Bürger- und Gästehaus sehr klein sei. Es sei daher wichtig, alternative Trauungsorte mit einer harmonischen Umgebung für Heiratswillige anzubieten.

Dem Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus am 19.11.2013 wurde mit 14 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen zugestimmt:

Folgende zusätzliche Trauungsorte werden gewidmet:

- a) **der Versammlungsraum im Fritz-Ballma-Haus in Reepsholt**
- b) **die Wohnstube im Dörsplü-Huus in Etzel**
- c) **unter freiem Himmel der Pastorengarten in Etzel, Etzeler Dorfstraße**

Haushaltsmittel werden nicht bereitgestellt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 11 Umbenennung der Kindertagesstätte "Friedeburg Hauptstraße"
Vorlage: 2013-150**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 11.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Der Namensänderung der Kindertagesstätte „Friedeburg Hauptstraße“ in Kindertagesstätte „Hollerbusch“ wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 12 Zentrale Schmutzwasserbeseitigung - Gebührenkalkulation und
Änderung Gebührensatzung
Vorlage: 2013-134**

Rh. Behrends wies darauf hin, dass die Gemeinde nach dem Nds. Kommunalabgabengesetz verpflichtet sei, die Schmutzwassergebühren kostendeckend abzurechnen. Es könnte nicht wie bei den Kindertagesstätteengebühren eine soziale Komponente zugrunde gelegt werden. Auch wenn sich der Gemeinderat in der Vergangenheit dagegen ausgesprochen hätte, die Kläranlagen an den OOWV zu übertragen, sei aufgrund der dort zurzeit vergleichsweise niedrigeren Gebühren langfristig über einen Verkauf der Kläranlagen nachzudenken.

Rh. Lohfeld schloss sich den Hinweisen von Rh. Behrends an und ergänzte, dass langfristig mit hohen Kosten für die Erneuerung des Kanalnetzes zu rechnen sei.

A. Gebührenkalkulation

1. Der „Gebührenkalkulation der zentralen Schmutzwasserentsorgung 2014-2015 mit Nachkalkulation 2010-2012“ vom 11.11.2013, erstellt von der Schmidt und Häuser GmbH, wird zugestimmt. Sie hat dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung über den Nachweis der kostendeckenden Schmutzwassergebühren der Jahre 2010-2012 und über die Gebührensätze für die Schmutzwasserentsorgung für den Zeitraum 2014 bis 2015 vorgelegen.
2. Im Ergebnis der Nachkalkulation der zentralen Schmutzwassergebühren der Jahre 2011-2012 stellt der Gemeinderat eine Kostenunterdeckung von 132.494,55 EUR fest.
3. Die in der Nachkalkulation des Zeitraumes 2011-2012 ermittelte Kostenunterdeckung (Fehlbetrag) bei der zentralen Schmutzwassergebühr wird im Rahmen der Gebührenkalkulation der Jahre 2014-2015 zu 2/3 als zusätzliche Ausgabe eingestellt und damit ausgeglichen. Das restliche Drittel wird im Rahmen der Kalkulation des Jahres 2016 ausgeglichen.
4. Die Gemeinde wählt bei der zentralen Schmutzwassergebühr als Gebührenmaßstab weiterhin den Frischwassermaßstab.
5. Den in der Gebühren(nach)kalkulation enthaltenen Abschreibungssätzen, Zinssätzen sowie der Abschreibungs- und Verzinsungsmethode wird zugestimmt.
6. Im Ergebnis der Gebührenkalkulation der zentralen Schmutzwasserentsorgung 2014-2015 mit Nachkalkulation 2010-2012 werden die in der Gebührenkalkulation ermittelten Gebühren als kostendeckende Gebührenobergrenzen ausdrücklich zur Kenntnis genommen.

B. Änderung der Abwasserbeseitigungsabgabensatzung

Dem Entwurf vom 11.11.2013 der Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Friedeburg vom 25.03.2004 (Abwasserbeseitigungsabgabensatzung) wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 13 Dezentrale Schmutzwasserbeseitigung - Gebührenkalkulation und
 Änderung Gebührensatzung
 Vorlage: 2013-135**

Rh. Behrends erklärte, dass die Gemeinde aufgrund des Kostendeckungsprinzips keine andere Wahl hätte als der Gebührenerhöhung zuzustimmen. Bei abflusslosen Gruben würden sich die Gebühren um 50 % erhöhen.

A. Gebührenkalkulation

1. Der „Gebührenkalkulation der dezentralen Schmutzwasserentsorgung 2014-2015 mit Nachkalkulation 2010-2012“ vom 11.11.2010, erstellt von der Schmidt und Häuser GmbH, wird zugestimmt. Sie hat dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung über den Nachweis der kostendeckenden Schmutzwassergebühren der Jahre 2010-2012 und über die Gebührensätze für die Schmutzwasserentsorgung für den Zeitraum 2014-2015 vorgelegen.
2. Im Ergebnis der Nachkalkulation der dezentralen Schmutzwassergebühren der Jahre 2011-2012 stellt der Gemeinderat eine Kostenunterdeckung von 4.085,26 EUR fest.
3. Die in der Nachkalkulation des Zeitraumes 2011-2012 ermittelte Kostenunterdeckung (Fehlbetrag) bei den dezentralen Schmutzwassergebühren wird im Rahmen der Gebührenkalkulation der Jahre 2014-2015 zu 2/3 als zusätzliche Ausgabe eingestellt und damit ausgeglichen. Das restliche Drittel wird im Rahmen der Kalkulation des Jahres 2016 ausgeglichen.
4. Die Gemeinde Friedeburg erhebt Gebühren für die Benutzung ihrer öffentlichen Einrichtungen der dezentralen Abwasserentsorgung des Fäkalschlammes aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben sowie des angelieferten Fäkalabwassers.
5. Die Gemeinde wählt als Gebührenmaßstab bei der dezentralen Abwassergebühr für die Entsorgung der Kleinkläranlagen und der abflusslosen Sammelgruben sowie des angelieferten Fäkalabwassers weiterhin die entsorgte Menge (in cbm) Fäkalschlamm bzw. entsorgten Abwassers.
6. Den in der Gebühren(nach)kalkulation enthaltenen Abschreibungssätzen, Zinssätzen sowie der Abschreibungs- und Verzinsungsmethode wird zugestimmt.
7. Die Gemeinde wählt als Gebühr jeweils die durchschnittliche Gebühr für 2014-2015.
8. Im Ergebnis der „Gebührenkalkulation der dezentralen Schmutzwasserentsorgung 2014-2015 mit Nachkalkulation 2010-2012“ werden die in der Gebührenkalkulation ermittelten Gebühren als kostendeckende Gebührenobergrenzen ausdrücklich zur Kenntnis genommen.

B. Änderung der Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen

Dem Entwurf vom 11.11.2013 der Satzung zur 3. Änderung der Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 14 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Friedeburg
Vorlage: 2013-139**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 11.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Entwurf vom 11.11.2013 der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Friedeburg gemäß Drucksache 2013-139 wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 15 Neufassung der Hundesteuerordnung
Vorlage: 2013-106**

Rh. Engelbrecht und Rh. Lohfeld sprachen sich für die im Entwurf vom 21.11.2013 vorgesehene Beibehaltung der Steuerermäßigung für Jagdhunde aus.

Dem Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Verwaltungsausschusssitzung am 27.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Entwurf der Hundesteuerordnung (Stand vom 21.11.2013) wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 16 Neufassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Märkte (Marktgebührenordnung)
Vorlage: 2013-074**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 01.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Entwurf vom 01.11.2013 der Neufassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Märkte (Marktgebührenordnung) gemäß Drucksache 2013-074 wird zugestimmt.

Rh. Assig hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 17 Satzung für das "Friedeburger Festival" (Marktordnung)
Vorlage: 2013-073**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 01.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Entwurf der Satzung vom 01.11.2013 für das „Friedeburger Festival“ (Marktordnung) gemäß Drucksache 2013-073 wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 18 4. Änderung der Friedhofssatzung
Vorlage: 2013-143**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 07.11.2013 wurde mit 20 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt:

Die Satzung zur 4. Änderung der Friedhofssatzung der Gemeinde Friedeburg vom 29.03.1990 in der Fassung des vorliegenden Entwurfs wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Nein“ gestimmt.

**TOP 19 2. Änderung der Verwaltungsgebührenordnung
Vorlage: 2013-107**

Dem Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Entwurf vom 27.11.2013 der Satzung zur 2. Änderung der Verwaltungsgebührenordnung mit Kostentarif für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis vom 19.12.2001 wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 20 Änderung der Benutzungsordnung der Gemeindebücherei Friedeburg
Vorlage: 2013-152**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 12.11.2013 wurde mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Verwaltungsentwurf der „Gebührenordnung für die Nutzung der öffentlichen Gemeinde- und Kinderbibliotheken der Gemeinde Friedeburg vom 01.01.2014“ wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 21 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Die BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 22 Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

Die BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 23 Anfragen und Anregungen

Auf Nachfrage von Rh. Behrends berichtete GOAR Arians, dass die Gemeinde der Partnergemeinde Friedeburg/Saale im Rahmen der Flutopferhilfe einen Zuschuss in Höhe von 10.000,- € zur Verfügung gestellt hätte. Zudem seien Spenden in Höhe von knapp 1.000,- gesammelt worden.

Rfrau Getrost wies darauf hin, dass der Landkreis Wittmund am 03.12.2013 in Horsten Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt hätte. Innerhalb kurzer Zeit seien zwei LKW´s geblitzt worden, die deutlich schneller als 50 km/h gefahren seien. Rfrau Getrost bat die Verwaltung, bei den durch Horsten fahrenden Fuhrunternehmen auf die Einhaltung der Ortsgeschwindigkeit hinzuweisen.

Rh. Lohfeld berichtete, dass der Landkreis beabsichtige, das Sozialprojekt „Ökohof Wiesede“ zum nächstmöglichen Termin einzustellen. Mit dem Projekt würden Langzeitarbeitslose einer Beschäftigung nachgehen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance hätten. Auch Schulen und Kindergärten würden das Projekt nutzen und sich über die Arbeit des Ökohofes informieren. Rh. Lohfeld appellierte, sich für den Erhalt des Sozialprojektes einzusetzen.

TOP 24 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 21:15 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer